STADT BIELEFELD
- Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz -

Sitzung Nr. AfUK/004/2026 (2025-2030)

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

am 17.06.2026

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:35 Uhr

Anwesend:

CDU
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Andreas Krieter
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Maciej Patzwald
Frau Carla Steinkröger

SPD
Herr Michael Bartels
Herr Sven Malte Elgeti
Frau Evin Kina

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus Feurich-Tobien
Frau Karen Meyer
Herr Dominik Schnell

AfD
Herr Maximilian Kneller
Herr Hendrik Mertens

Die Linke
Frau Merle Pohl
Herr Carsten Strauch

FDP
Herr Andreas Strack

Volt
Herr Stefan Schraub

LiB
Herr Michael Gugat

Beratende Mitglieder
Herr Seymen Kaya Cabadag
Frau Anja Dörrie-Sell
Herr Michael Holler-Göller

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Katrin Köppe	Dezernat 3
Herr Simon Büscher	Umweltamt
Herr Adam Marek	Umweltamt
Frau Heike Meyer zu Bentrup	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt
Herr Dr. Clemens Pues	Kfm. Leiter Umweltbetrieb

Berichterstattung zu TOP 7 und 8

Frau Lina Keppler	Stadtwerke Bielefeld GmbH
Herr Olaf Kulaczewski	Stadtwerke Bielefeld GmbH
Herr Dr. Nils Neusel-Lange	Stadtwerke Bielefeld GmbH

Berichterstattung zu TOP 11

Herr Michael Brieden-Segler	E&u Energiebüro GmbH

Schriftführung

Frau Hanna Stemme	Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Herr Schnell weist auf die Audioaufzeichnungsgeräte und das vereinbarte Pairing zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen hin.

Der Vorsitzende verpflichtet den sachkundigen Bürger, Herrn Patzwald, mit folgender Formel:
„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen."
Herr Patzwald bekundet sein Einverständnis, er und Herr Schnell unterschreiben die Verpflichtungsniederschrift.

Herr Schnell teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 1, 10 und 17 vertagt würden.

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 25.03.2026

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Ausbreitung des Waschbären als invasive Art (Anfrage der FDP vom 18.05.2026)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1496/2025-2030

Herr Schnell informiert, dass die Zuständigkeit der Anfrage beim Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss liege. Aufgrund dessen schlägt er den Verweis an diesen Ausschuss vor.
Er stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder fest.

Die Anfrage wird in den Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss verwiesen.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Konzeptstudie ‚Bielefeld Klimaneutral 2030' (Anfrage FDP vom 13.05.2026)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1497/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1 Freiwillige Angebote Umweltamt (Anfrage der FDP vom 21.04.2026)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1186/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Neufassung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0700/2025-2030

Herr Schnell weist auf die beiden Anträge zum Tagesordnungspunkt unter 4.2.1 und 4.2.2 hin und begrüßt Herrn Dr. Pues, Umweltbetrieb, für mögliche Rückfragen.

Hinweis der Schriftführung:
Es erfolgt die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 4.2, 4.2.1 und 4.2.2.

Frau Steinkröger bringt den Antrag unter Tagesordnungspunkt 4.2.1 ein. Der vorliegende Antrag sei das Ergebnis intensiver Beratungen mit den zuständigen Stellen und stelle einen Kompromiss dar.

Herr Strack bringt den Antrag zu Tagesordnungspunkt 4.2.2 ein. Der Preisanstieg von 10 Euro auf 43 Euro für Eigenanlieferungen sei nicht nachvollziehbar. Dass eine Anpassung der Gebühren erforderlich sei, stelle er nicht grundsätzlich infrage. Er sehe jedoch die Gefahr, dass die deutliche

Gebührenerhöhung bei Eigenanlieferungen zu einer Zunahme illegaler Entsorgungen führen werde. Zudem äußert er Bedenken gegenüber dem Ansatz, über die Preisgestaltung eine Lenkungs- oder Erziehungswirkung erzielen zu wollen.

Herr Bartels weist auf die vielen vorangegangenen Gespräche hin, das Ergebnis sei ein Kompromiss, der als Antrag unter 4.2.1 vorliege. Beabsichtigt worden sei eine Lenkungswirkung, die Abholung werde drastisch preisgünstiger als die eigene Anlieferung. Eine zeitnahe Terminvergabe sei durch den Umweltbetrieb zugesagt worden.

Herr Feurich-Tobien erklärt, dass seine Fraktion den Antrag der FDP ablehnen werde. Den Antrag der Koalition nehme er mit gewissem Erstaunen zur Kenntnis, insbesondere vor dem Hintergrund der gegenüber der Verwaltungsvorlage reduzierten Preisansätze. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll gewesen, die Thematik in die Haushaltsberatungen einzubringen. Vor diesem Hintergrund kündigt er für seine Fraktion die Enthaltung an.

Herr Strauch unterstützt den vom Umweltbetrieb verfolgten Ansatz, durch eine Optimierung der Gebührenstruktur eine Lenkungswirkung zu erzielen. Dabei vertraue er auf die fachliche Einschätzung der zuständigen Expertinnen und Experten. Eine weitergehende inhaltliche Diskussion könne gegebenenfalls auch im Betriebsausschuss Umweltbetrieb geführt werden. Die vorgeschlagenen Änderungen würden für die Einzelnen lediglich eine geringe Mehrbelastung bedeuten. Abschließend erkundigt er sich nach den Auswirkungen des Antrags auf die Gesamteinnahmen sowie den städtischen Haushalt.

Herr Dr. Pues berichtet, dass auf den Wertstoffhöfen jährlich rund 250.000 zahlungspflichtige Anlieferungen erfolgen würden. Die im Antrag vorgesehenen Änderungen hätten für den Umweltbetrieb keine deutlichen unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen, da die Entgelte mit den Gebühren verrechnet würden. Eine exakte Prognose der finanziellen Auswirkungen sei jedoch nicht möglich. Nach etwa einem halben Jahr solle eine Evaluierung erfolgen, um zu prüfen, ob sich die angestrebte Entwicklung eingestellt habe.

Frau Dörrie-Sell betont die Problematik der Mobilitätseinschränkungen durch auf Bürgersteigen abgestellte Gegenstände, insbesondere auch durch zum Verschenken bereitgestellte Gegenstände. Als Alternative bringt sie den Vorschlag ein, in den einzelnen Stadtquartieren regelmäßige Sammelstellen für Sperrmüll einzurichten.

Herr Adamski berichtet von den in der Saison eingerichteten Sondersammelstellen für Grünabfälle. Dieses Angebot habe eine positive Resonanz erfahren und werde auch in diesem Jahr fortgeführt. Die Umsetzung sei jedoch nicht so unkompliziert, wie es auf den ersten Blick erscheine. Den unterbreiteten Vorschlag nehme die Verwaltung zur weiteren Prüfung mit.

Herr Kneller verweist auf die unkomplizierte Möglichkeit der Abgabe von Abfällen auf den Wertstoffhöfen und spricht sich gegen die beabsichtigte Lenkungswirkung durch die Gebührenstruktur aus. Die Stadt nehme in diesem Bereich in erster Linie eine Dienstleisterrolle wahr. Sofern die bestehende Infrastruktur den Anforderungen nicht gerecht werde, seien aus seiner Sicht entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Herr Adamski führt auf Nachfrage aus, dass die Abholung im Rahmen geplanter Sammelrouten sowohl unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten als auch aus betrieblicher Sicht sinnvoller sei als individuelle Anlieferungen durch die Bürgerinnen und Bürger.

Herr Elgeti äußert sein Unverständnis über die Ablehnung der angestrebten Lenkungswirkung.

Herr Strack berichtet von Problemen bei Anlieferungen an den Wertstoffhöfen, bei denen es teilweise zu erheblichen Verkehrsbehinderungen komme und ganze Straßen blockiert würden. Aus seiner Sicht bestehe daher Optimierungsbedarf, um die Abläufe zu verbessern und derartige Situationen künftig zu vermeiden.

Herr Schraub erkundigt sich, ob individuelle Anlieferungen und Abholungen tatsächlich unmittelbar miteinander vergleichbar seien. Insbesondere bei größeren und sperrigen Gegenständen biete sich eine Abholung an, während kleinere Mengen oder einzelne Gegenstände eher eigenständig angeliefert würden. Den Vorschlag zur Einrichtung von Sammelstellen begrüße er ausdrücklich.

Herr Schnell lässt zunächst über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 4.2.1 abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen.
Im Anschluss daran erfolgt die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 4.2.2. Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Sodann lässt Herr Schnell über den vorliegenden Beschlussvorschlag inklusive der soeben beschlossenen Änderungen abstimmen.

Es ergeht folgender, geänderter

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat die Neufassung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes vom gem. der Anlage I der Vorlage 0700/2025-2030 und den Änderungen des Antrages und der Anlage unter der Drucksachennummer 1599/2025-2030 zu beschließen.

Hinweis der Schriftführung:
Die Anlage I ist unter der Drucksachennummer 0700/2025-2030 und die Anlage des Antrages ist unter der Drucksachennummer 1599/2025-2030 einsehbar.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2.1 **Antrag zu TOP "Neufassung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes" (Antrag der CDU und SPD vom 15.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1599/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache und Protokollführung erfolgten unter TOP 4.2.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klima empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, zu beschließen: Die als Anlage beigefügte geänderte Neufassung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes wird beschlossen.

Anmerkung der Schriftführung:
Die Anlage ist unter der Drucksachennummer 1599/2025-2030 einsehbar.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2.2 **Antrag zu TOP "Neufassung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes" (Antrag der FDP vom 16.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1617/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache und Protokollführung erfolgten unter TOP 4.2.

Der Antrag unter der Drucksachennummer 1617/2025-2030 wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Schutz von Igeln und Kleintieren (Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 03.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1456/2025-2030

Herr Schnell weist darauf hin, dass eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 5.1, 5.1.1 und 5.1.2 erfolge.

Frau Meyer bringt den Antrag zu einem Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Schutz von Igeln und anderen Kleintieren ein. Sie begrüßt die Bestrebungen, ein entsprechendes Nachtfahrverbot über den Deutschen Städtetag voranzutreiben, gibt jedoch zu bedenken, dass die Umsetzung auf Bundesebene voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen könne. Ob und wann eine entsprechende Regelung tatsächlich eingeführt werde, könne derzeit nicht beantwortet werden. Vor diesem Hintergrund spricht sie sich für eine kommunale und zeitnah umsetzbare Lösung aus. Sie betont, dass es bei dem Antrag um den Schutz einer Vielzahl von Tieren gehe. Mit dem Nachtfahrverbot für Mähroboter stehe eine einfache und nachvollziehbare Maßnahme zur Verfügung, die einen wirksamen Beitrag zum Schutz von Igeln und anderen Kleintieren leisten könne. Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 5.1.2 könne aus ihrer Sicht ergänzend beschlossen werden.

Frau Steinkröger führt aus, dass es sich bei dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 5.1.2 um einen Ersetzungsantrag handele. Sie halte es für sinnvoll, dass sich auf Ebene des Deutschen Städtetages für ein Nachtfahrverbot eingesetzt werde.

Herr Strack bringt den Antrag unter Tagesordnungspunkt 5.1.1 ein und betont, dass Verbote stets sorgfältig geprüft werden müssten. Ein Verbot auf Privatgrundstücken halte er für ein scharfes Instrument. Zudem verweist er darauf, dass die meisten Tiere im Straßenverkehr verendeten.

Herr Kneller betont die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und bringt zum Ausdruck, dass er ein entsprechendes Verbot für nicht sachgerecht halte.

Herr Adamski berichtet über die Entwicklungen auf Bundesebene und erläutert, dass der Deutsche Städtetag Anfang des Jahres ein bundesweites Nachtmähverbot angeregt habe. Ein entsprechender Antrag sei im Mai vom Deutschen Bundestag an die zuständigen Ausschüsse verwiesen worden.

Herr Strauch bekundet seine Zustimmung zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Darüber hinaus könne auch dem Antrag der Koalition zugestimmt werden, allerdings lediglich als Ergänzungs- und nicht als Ersetzungsantrag. Er führt aus, dass ein Verbot auf kommunaler Ebene als Signal und unterstützender Impuls für eine entsprechende Regelung auf Bundesebene verstanden werden könne.

Herr Feurich-Tobien weist darauf hin, dass es in anderen Städten bereits vergleichbare kommunale Regelungen zum nächtlichen Fahrverbot für Mähroboter gebe. Dies zeige, dass entsprechende Maßnahmen auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden könnten.

Der Vorsitzende lässt über den Ersetzungsantrag unter Tagesordnungspunkt 5.1.2 abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit beschlossen.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 5.1.1 wird mit Mehrheit abgelehnt.

Herr Schnell führt aus, dass aufgrund des beschlossenen Ersetzungsantrages keine Abstimmung über diesen Antrag unter 5.1 erfolge.

- keine Abstimmung -

-.-.-

Zu Punkt 5.1.1 **Antrag zu TOP "Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Schutz von Igeln und Kleintieren", Drucksachennummer 1456/2025-2030 (Antrag der FDP vom 07.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1576/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:
Die Beratung und Protokollführung erfolgten unter Tagesordnungspunkt 5.1.

Der Antrag unter 5.1.1 wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5.1.2 **Antrag zu TOP "Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Schutz von Igeln und Kleintieren", Drucksachennummer 1456/2025-2030 (Antrag der CDU und SPD vom 15.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1620/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:
Die Beratung und Protokollführung erfolgten unter Tagesordnungspunkt 5.1.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, sich auf Ebene des Deutschen Städtetages für ein Nachtfahrverbot für Mähroboter einzusetzen. Die bestehenden Kampagnen zur Öffentlichkeitsarbeit laufen weiter.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **Vergabe des Budgets für kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen (Antrag der CDU und SPD vom 03.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1498/2025-2030

Frau Steinkröger bringt den Antrag zur Vergabe des Budgets für kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen ein.

Herr Adamski bittet seitens der Verwaltung darum, die Beratung der Anträge zurückzustellen. Zur Begründung verweist er darauf, dass zunächst

die anstehenden Haushaltsberatungen sowie die damit verbundenen Entscheidungen und Konsolidierungsmaßnahmen abgewartet werden sollten.

Frau Steinkröger schließt sich diesem an.

Herr Schnell stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder zur 1. Lesung der Tagesordnungspunkte 5.2, 5.2.1 und 5.2.2 fest.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5.2.1 **Antrag zu TOP "Vergabe des Budgets für kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen", Drucksachennummer 1498/2025-2030 (Antrag der FDP vom 09.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1575/2025-2030

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5.2.2 **Antrag zu TOP "Vergabe des Budgets für kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen", Drucksachennummer 1498/2025-2030 (Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 10.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1605/2025-2030

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5.3 **Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zur Erreichung der Klimaziele (Bürgerantrag nach § 24 GO NRW vom 16.04.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1321/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache und Protokollierung erfolgen unter Tagesordnungspunkt 11.

Der Bürgerantrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 6 Sachstandsbericht Wasserspar- und Regenwassermanagementkonzept

Herr Schnell begrüßt Herrn Marek, Umweltamt, als Vortragenden.

Herr Marek berichtet über den Sachstand zum Wasserspar- und Regenwassermanagementkonzept.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Vortrag.

Auf Nachfrage führt Herr Marek aus, dass das Konzept in verständlicher und leicht zugänglicher Sprache verfasst worden sei. Zudem seien zahlreiche aussagekräftige und leicht erfassbare Grafiken eingebunden worden.

Frau Dörrie-Sell weist darauf hin, dass das Konzept nicht barrierefrei sei. Sie bittet darum, das Dokument unter Berücksichtigung der Grundsätze der Barrierefreiheit in Leichter Sprache aufzubereiten.

Herr Marek führt auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien aus, dass die Wassereinsparpotenziale enorm seien. Die Motivation sei, diese Potenziale aufzuzeigen.

Herr Adamski berichtet auf Nachfrage von Herrn Strauch, dass nach Fertigstellung die Bewerbung auf unterschiedlichen Kanälen erfolge.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 6.1 Vorstellung der Trinkwasserampel durch die Stadtwerke Bielefeld GmbH

Herr Schnell begrüßt Herrn Dr. Neusel-Lange und Herrn Kulaczewski, Stadtwerke Bielefeld GmbH, als Vortragende.

Herr Dr. Neusel-Lange und Herr Kulaczewski stellen die Trinkwasserampel vor.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Vortrag.

Herr Kulaczweski erläutert auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien die Kriterien zur Steuerung der Trinkwasserampel. Maßgebliche Faktoren seien die aktuell verfügbare Wassermenge, die technisch förderbare Menge, die derzeitige Bezugsmenge, die aktuellen Tagesabgaben, geplante Außerbetriebnahmen sowie die Versorgungslage gegenüber den

Weiterverteilern. Dies seien umliegende Kommunen, die mit Wasser versorgt würden. Darüber hinaus flössen Wetterentwicklungen in die Bewertung ein. Nicht kalkulierbar seien hingegen auftretende Störungen. Weiter erklärt er, dass die Trinkwasserampel als Appellinstrumentarium zu verstehen sei.

Herr Dr. Kulinna äußert Bedenken hinsichtlich der Abgrenzung zwischen der Appellwirkung und der Wahrnehmung in der Bevölkerung als verbindliche rechtliche Regelung.

Herr Adamski führt aus, dass die rechtliche Grundlage zur Einschränkung des Verbrauches in Erarbeitung sei.

Herr Dr. Neusel-Lange erläutert, dass angesichts der Entwicklungen künftig auch eine rote Ampelschaltung nicht auszuschließen sei.

Herr Bartels unterstreicht die Bedeutung der breiten Kommunikation der Trinkwasserampel und Ampelstufen, insbesondere in kritischen Versorgungssituationen, um die Bevölkerung umfassend zu informieren. Als Möglichkeit schlägt er die Information über die NINA-Warn-App vor.

Herr Dr. Neusel-Lange sagt zu, den Impuls mitzunehmen.

Herr Guga regt an, die Kriterien der Ampelschaltung auf der Homepage der Stadtwerke transparent und nachvollziehbar abzubilden, um die Bevölkerung mehr mitzunehmen.

Herr Feurich-Tobien spricht sich für eine stärkere Verzahnung zwischen den Stadtwerken und der Stadt aus und nennt als mögliches Beispiel die Darstellung der Trinkwasserampel auf der Internetseite der Stadt. Zudem regt er an, für den Fall des Erreichens der roten Ampelstufe die Möglichkeit ordnungsrechtlicher Maßnahmen vorzusehen. Als Beispiel nennt er ein Verbot der Befüllung privater Pools mit Trinkwasser in kritischen Versorgungssituationen. Abschließend bittet er die Stadt, entsprechende Vorbereitungen für einen solchen Fall zu treffen.

Herr Adamski berichtet, dass entsprechende Vorbereitungen bereits angestoßen worden seien. Die Vorstellung der Ergebnisse erfolge in absehbarer Zeit.

Herr Dr. Neusel-Lange sagt zu, den Impuls von Herrn Gugat zur transparenten Offenlegung der Kriterien mitzunehmen, weist jedoch auf die Komplexität der Bewertungsgrundlagen und Entscheidungsprozesse hin.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 7 **<u>Auswirkungen der veränderten Rahmenbedingungen auf die Klimaziele der Stadtwerke Bielefeld GmbH</u>**

Herr Schnell begrüßt Herrn Dr. Neusel-Lange und Frau Keppler, Stadtwerke Bielefeld GmbH, als Vortragende.

Herr Dr. Neusel-Lange und Frau Keppler berichten über die Auswirkungen der veränderten Rahmenbedingungen auf die Klimaziele der Stadtwerke Bielefeld GmbH.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Vortrag.

Herr Strauch bezeichnet den Bericht als einen „Katastrophenbericht". Er betont, dass die Klimaziele nicht erreicht werden könnten, wenn die Städte und Gemeinden bundesweit nicht ausreichend mit finanziellen Mitteln und Fördergeldern ausgestattet würden. Es sei aus seiner Sicht widersprüchlich, dass die Politik sich zu den Klimazielen bekenne, zugleich jedoch keine ausreichende finanzielle Ausstattung für deren Umsetzung bereitstelle.

Herr Dr. Neusel-Lange führt auf Nachfrage aus, dass hinsichtlich der Fernwärme noch weiterer Abstimmungsbedarf bestehe, beispielsweise im Hinblick auf einen möglichen Benutzungszwang und ein entsprechendes Benutzungsrecht.

Herr Adamski gibt einen kurzen Ausblick auf die Potenziale und Entwicklungsperspektiven der Geothermie.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 8 Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde und der Unteren Wasserbehörde zu Flächenvorschlägen (Bereiche zum Schutz der Natur) der Naturschutzverbände für den Regionalplan OWL

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1397/2025-2030

Herr Schnell begrüßt Frau Meyer zu Bentrup, Umweltamt, für mögliche Rückfragen.

Herr Feurich-Tobien begrüßt die vorliegende Vorlage.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen: Die als Anlage beigefügte tabellarische Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Bielefeld sowie die in dieser Beschlussvorlage gekennzeichnete Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde zu einer Anfrage der Bezirksregierung Detmold bezüglich der fachlichen Bewertung der Unteren

Naturschutzbehörde und der Unteren Wasserbehörde zu potenziellen zusätzlichen Flächen für Bereiche zum Schutz der Natur im Zuge einer Mängelrüge gegen den Regionalplan OWL.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9 Renaturierung des Beckendorfer Mühlenbachs

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0894/2025-2030

Herr Schnell begrüßt Herrn Büscher, Umweltamt, als Vortragenden.

Herr Büscher berichtet über die Renaturierung des Beckendorfer Mühlenbachs.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Vortrag.

Nach kurzer Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt die Maßnahme zur Renaturierung des Beckendorfer Mühlenbachs.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Klimaneutral 2030: Sachstand zur Maßnahmenumsetzung

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1349/2025-2030

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 11 Bilanzierung der Treibhausgasemissionen der Stadt Bielefeld 2024 – 2025

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1351/2025-2030

Herr Schnell begrüßt Herrn Brieden-Segler, e&u Energiebüro GmbH, als Vortragenden zu Tagesordnungspunkt 11.

Der Vorsitzende, Herr Schnell, kündigt an, dass nach dem Vortrag und Rückfragen hierzu die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 11, 11.1 und 5.3 erfolge.

Herr Brieden-Segler berichtet über die Bilanzierung der Treibhausgasemissionen der Stadt Bielefeld in den Jahren 2024 bis 2025.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Vortrag.

Herr Dr. Kulinna merkt an, dass der Vortrag unter diesem Titel für ihn nicht neutral gehalten sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kulinna führt Herr Brieden-Segler aus, dass die CO_2-Bilanzierung für Gas über die Multiplikation der Verbrauchsmengen mit einem CO_2-Emissionsfaktor erfolge. Er erläutert, dass die Bilanzierung der Stromemissionen auf Basis des bundesweiten Strommixes erfolge und die Berechnung daher komplexer sei als im Gasbereich.

Herr Adamski spricht sich dafür aus, die Diskussion an dieser Stelle auf das konkrete Thema zu beschränken und Fragen zu bundesgesetzlichen Regelungen nicht zum Gegenstand einer Grundsatzdebatte zu machen.

Herr Schnell weist auf die unter Tagesordnungspunkt 5.3 eingestellte Bürgereingabe hin, welche aus dem Anregungs- und Beschwerdeausschuss an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz verwiesen worden sei. Hierzu liege bereits eine Stellungnahme des Umweltamtes vor. Darüber hinaus sei unter Tagesordnungspunkt 11 ein Antrag von Die Linke eingestellt.

Herr Strauch bringt den Antrag ein und führt aus, dass dieser sich aus den zuvor dargestellten Ausführungen ergebe. Zur Erreichung der Klimaziele sei ein geeignetes Maßnahmenpaket erforderlich, das mit ausreichenden Haushaltsmitteln hinterlegt werden müsse.

Herr Feurich-Tobien spricht sich für den Antrag aus und weist darauf hin, dass die Bürgereingabe unter Punkt 5.3 inhaltlich in eine ähnliche Richtung gehe. Er rege an, die Eingabe und den Antrag miteinander zu kombinieren. Er betont, dass die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs in den vorangegangenen Ausführungen deutlich zum Ausdruck gekommen sei.
Er bringt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mündlich ein. Dieser stelle eine Ersetzungsantrag dar, welcher sowohl den Antrag von Die Linke als auch die Bürgereingabe aufgreife. Er verliest den Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein überprüfbaren Maßnahmenkatalog zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Bielefeld einschließlich der Zwischenziele zu erarbeiten und der Politik zeitnah vorzulegen. Dabei sind die alternativen Zielpfade für die Zielerreichung bis 2030, 2035 und 2045

dazustellen sowie die erforderlichen finanziellen Mittel und Haushaltsansätze zu benennen.
Zur Sicherstellung der Zielerreichung ist ein transparentes Controlling-System mit jährlicher Überprüfung durch ein unabhängiges Kontrollgremium (zum Beispiel dem Bielefelder Klimabeirat) einzurichten. Bei festgestellten Zielabweichungen sind dem Rat unverzüglich geeignete Korrekturmaßnahmen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Adamski verweist auf die im vergangenen Jahr vorgestellte Gertec-Studie und führt aus, dass die nun beantragten Aspekte dort bereits enthalten seien. Aus Sicht der Verwaltung bedürfe es insoweit keiner weiteren Beschlussfassung. Zudem sei die aktuelle Haushaltslage zu berücksichtigen. Es sei deutlich geworden, dass eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik stattfinde.

Herr Bartels schließt sich den vorangegangenen Ausführungen von Herrn Adamski an. Es sei deutlich geworden, dass die gemeinsamen Zielsetzungen von allen Beteiligten getragen würden. Er berichtet, dass die erforderlichen Maßnahmen bereits umgesetzt beziehungsweise weiter vorangebracht würden. Vor diesem Hintergrund sehe er keinen Bedarf für weitere Anträge.

Herr Feurich-Tobien führt aus, dass ein transparentes Controlling fehle. Dies gehe auch aus der vorliegenden Bürgereingabe hervor. Zudem betont er die Notwendigkeit, keine weitere Zeit zu verlieren und die erforderlichen Maßnahmen zeitnah voranzubringen.

Frau Steinkröger bittet um Berücksichtigung der von Herrn Adamski vorgetragenen Argumente. Angesichts ihres Vertrauens in die Arbeit der Verwaltung spreche sie sich gegen die vorliegenden Anträge aus.

Herr Strauch erläutert, dass kein grundlegend neuer Ansatz erforderlich sei. Vielmehr gelte es, auf die aktuelle Situation zu reagieren und gegebenenfalls notwendige Aktualisierungen vorzunehmen.

Herr Adamski führt aus, dass er keine wesentlichen Veränderungen der Situation erkennen könne, die eine Aktualisierung der bestehenden Grundlagen oder Maßnahmen erforderlich machten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 11.2 abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 11.1 wird zurückgezogen.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 5.3 wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 11 wird zur Kenntnis genommen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 11.1 **Antrag zu TOP "Bilanzierung der Treibhausgasemissionen der Stadt Bielefeld 2024 – 2025" (Antrag von Die Linke vom 14.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1601/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache und Protokollierung erfolgten unter Tagesordnungspunkt 11.

- zurückgezogen -

-.-.-

Zu Punkt 11.2 **Antrag zu TOP 11.1, Dr.-Nr. 1601/2025-2030, und TOP 5.3, Dr.-Nr. 1321/2050-2030 (Antrag von Bündnis 90/Die Grünen)**

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache und Protokollierung erfolgten unter Tagesordnungspunkt 11.

Mündlich eingebrachter sowie in der Sitzung schriftlich verteilter Antragstext:
Die Verwaltung wird beauftragt, ein überprüfbaren Maßnahmenkatalog zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Bielefeld einschließlich der Zwischenziele zu erarbeiten und der Politik zeitnah vorzulegen. Dabei sind die alternativen Zielpfade für die Zielerreichung bis 2030, 2035 und 2045 dazustellen sowie die erforderlichen finanziellen Mittel und Haushaltsansätze zu benennen.
Zur Sicherstellung der Zielerreichung ist ein transparentes Controlling-System mit jährlicher Überprüfung durch ein unabhängiges Kontrollgremium (zum Beispiel dem Bielefelder Klimabeirat) einzurichten. Bei festgestellten Zielabweichungen sind dem Rat unverzüglich geeignete Korrekturmaßnahmen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 12 **Einführung eines Klimapaktes für Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1365/2025-2030

Herr Schnell begrüßt Frau Reher, Umweltamt, für mögliche Rückfragen.

Frau Steinkröger beantragt die erste Lesung, um Fragen vorab klären zu können.

Frau Reher führt aus, dass das Ziel des Klimapakts darin bestehe, möglichst viele Menschen in Bielefeld für das Thema Klimaschutz zu gewinnen

und einzubinden. Hierzu sollten insbesondere verschiedene gesellschaftliche Gruppen, zum Beispiel Schulen und Unternehmen, angesprochen werden. Es gehe dabei nicht darum, beispielsweise ein neues Gremium zu schaffen.

Herr Adamski berichtet, dass es gerade in Zeiten angespannter Haushaltslagen von besonderer Bedeutung sei, Menschen zusammenzubringen, die sich für den Klimaschutz engagierten. Durch die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren könnten auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wichtige Impulse für den Klimaschutz gesetzt werden. Er bittet um den Beschluss der Vorlage.

Herr Strack fragt kritisch nach, ob es sich bei dem vorgeschlagenen Vorhaben nicht eher um ein Projekt handele, das von einem Verein getragen werden sollte, als um eine Aufgabe der Stadtverwaltung.

Herr Adamski führt aus, dass es bei dem Vorhaben vor allem darum gehe, Menschen zusammenzubringen und zu vernetzen, die sich für den Klimaschutz engagieren möchten.

Auf Nachfrage von Herrn Holler-Göller bestätigt Frau Reher die Einbindung des Klimabeirates.

Herr Schnell stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder zur 1. Lesung fest.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 13 Photovoltaik: Sachstand zum Ausbau in Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1350/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 14 Bielefelder Klimabeirat

Zu Punkt 14.1 Bericht aus dem Bielefelder Klimabeirat

Über die letzte Sitzung des Bielefelder Klimabeirats wurde bereits berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 14.2 Änderungssatzung und Aktualisierung Geschäftsordnung Bielefelder Klimabeirat

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0118/2025-2030/1

Herr Schnell verweist auf die Beratungen in der vorherigen Sitzung und die bereits ausgetauschten Argumente.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. **Die 1. Änderung zur Satzung des Bielefelder Klimabeirates (BKB) vom 08. Juni 2020 (Anlage 1).**
2. **Die aktualisierte Geschäftsordnung des BKB (Anlage 3).**
3. **Die Besetzung des Bielefelder Klimabeirats (BKB) für die Wahlperiode 2025 -2030 mit jeweils 5 Sitzen für die Gruppierungen „zivilgesellschaftliche Gruppen“, „wirtschaftlich agierende Organisationen“ und „Fachexpert*innen“ (Anlage 5).**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Über die letzte Sitzung des Naturschutzbeirates wurde bereits berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen vor.

-.-.-